

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr. 261.

Donnerstag, den 10. November

1910.

## Bekanntmachung.

In einem Elternabende, der heute Mittwoh, den 9. November 1910, von abends 9 Uhr ab im Saale des Deutschen Hauses abgehalten werden wird, soll Gelegenheit zu einer Aussprache über die Errichtung einer Mädchen-Vorbereitungsschule (freiwilligen Besuchs) gegeben werden. Zum Besuche dieser Veranstaltung ladet

die hochgeehrten städtischen Körperschaften, die Eltern und Pfleger unserer Schülerinnen, sowie alle Freunde und Gönner unserer Jugend und Schule hierdurch aufs herzlichste ein Eibenstock, den 9. November 1910.

Die Schuldirektion.  
Behold.

## Deutschland und England.

Zur selben Zeit, wo der Zar in Potsdam weilte, brachte bemerkenswerter Weise ein angesehenes englisches Blatt, „Daily Chronicle“, einen langen Artikel über die deutsch-englischen Beziehungen, der von einem nach Berlin entsandten Spezialkorrespondenten angeblich herrührt. Dieser meint, die deutsch-englischen Beziehungen seien, wenn auch diplomatisch korrekt, so doch nicht freundschaftlich, beide Mächte arbeiten zuweilen verhältlich, zuweilen ganz unverhältlich gegen einander. Indessen herrsche in offiziellen wie in inoffiziellen Kreisen beider Nationen der Wunsch, diese Beziehungen zu verbessern. Bei einem Engländer nicht weiter verwunderlich ist dann noch sein Hinweis darauf, daß eine Einschränkung der Rüstungen ausgeschlossen sei, solange keine allgemeine politische Uebereinkunft erreicht sei. Bei beiderseitigem guten Willen könne leicht ein beide Teile befriedigendes Uebereinkommen erzielt werden. Auf diesen letzten Punkt kommt das Blatt selbst eingehend zurück und empfiehlt gleichfalls eine solche Verständigung in der internationalen Politik, ohne daß die englischen oder deutschen Interessen im geringsten beeinträchtigt werden. Diese englische Stimme scheint an den zuständigen deutschen Stellen nicht unangenehm empfunden worden zu sein, wenigstens deutet die Verbreitung dieser Meldung durch den offiziellen Draht und ihres Abdruckes in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ darauf hin, und in diesem Moment spiegelt sich vielleicht auch der Wille deutscherseits wieder, sich mit England möglichst auf guten Fuß zu stellen. Den Hauptdifferenzpunkt dürfte wohl nach wie vor — und darauf hat wohl anscheinend „Daily Chronicle“ bei seiner Betonung der Rüstungsfrage hinweisen wollen — die Abrüstungsfrage bilden. In gewisser Hinsicht ist es richtig, daß eine Einschränkung der Rüstungen nur möglich ist auf Grund eines allgemeinen internationalen Uebereinkommens. Freilich dürfte man hier von noch recht weit entfernt sein, denn die Verhältnisse liegen noch immer so, daß niemand sich hineinreden lassen möchte, zumal wenn er eine andere Macht, bei der er unfreundliche Absichten vermutet, stärker gerüstet sieht. Die Abrüstungsfrage ließe sich keineswegs, wie man wohl vielfach jenseits des Kanals meint, so ohne weiteres lösen, eine wirklich brauchbare Uebereinkunft ließe sich kaum schaffen, und wer bürgt dafür, daß der eine oder andere nicht doch eine Hintertür findet, durch die er mit seinen Rüstungsabsichten hindurchzuschlüpfen vermag; es würde sicherlich nicht allzu lange dauern, und die ganze internationale Uebereinkunft wäre nicht viel mehr wert, wie ein beschriebenes Blatt Papier. Ueberdies sind die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu ungleich, als daß sich eine einheitliche Regelung finden ließe, und kaum eine Macht würde sich herbeilassen, sich in dieser Hinsicht von anderen Vorschriften machen zu lassen. Will man englischerseits ein gutes Verhältnis mit Deutschland, so wird man auf den Abrüstungsgedanken verzichten müssen, denn Deutschland würde hierauf schwerlich eingehen, da man zur Genüge weiß, daß England lediglich im ureigensten Interesse immer wieder mit diesem Vorschlage kommt. Wir meinen, ein freundschaftliches Verhältnis wäre auch ohne eine derartige Uebereinkunft möglich, und sie würde sicherlich beiden Teilen zu hohem Nutzen gereichen. Daß die jetzige liberale Regierung von den besten Absichten gegenüber Deutschland beseelt ist, kann als zweifellos hingestellt werden, und zudem wird aus englischer Quelle erklärt, daß die Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und König Georg weit intimere seien, als diejenigen, die zwischen Wilhelm II. und Edward VII. herrschten, und man weiß zur Genüge, daß gerade dieser Umstand auf den Gang der weltpolitischen Ereignisse von günstigem Einfluß ist. Die herzlichste Einladung des deutschen Thronfolgers nach Indien, und die Aufmerksamkeit, die man ihm dort erweisen will, sind sicherlich mehr als ein bloßer Höflichkeitssatz; ebenso heißt es, daß König Georg alsbald nach seiner Krönung im nächsten Jahre einen der ersten Antrittsbesuche in Berlin machen wird. Von uns aus liegt kein Grund vor,

und England feindlich gegenüber zu stellen, wenn wir es mit einer loyalen Politik zu tun haben. Will man jenseits des Kanals aufrichtig ein gutes Verhältnis mit dem deutschen Vetter, dann wird man ihn sehr bereit finden, in die dargebotene Hand zu schlagen. Man weiß zur Genüge, was deutsche Treue heißt. England würde sicherlich dabei nicht schlecht fahren, und die ganze Welt würde erleichtert aufatmen, denn hierin läge die beste Gewähr für die Erhaltung des Weltfriedens, da noch immer die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen ist, daß der vielfach auftretende Gegensatz zwischen England und Deutschland leicht eines Tages als störendes Moment in Frage kommen könnte.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

— Erwiderung des Zarenbesuches. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, wird der Kaiser am 11. d. Mts. auf dem Wege nach Donaueschingen dem Zarenpaar einen Besuch in Volksgarten abstaten.

— Besuch des badischen Großherzogs beim Zaren. Sonnabend trifft der Großherzog von Baden hier ein, um dem Kaiser von Rußland einen offiziellen Besuch abzustatten. Die Rückkehr nach Karlsruhe soll am selben Tage erfolgen.

— Die Kronprinzen-Reise. Aus Port Said, 8. November, wird gemeldet: Der deutsche Kronprinz und Gemahlin sind an Bord des „Prinz Ludwig“ heute morgen 7 Uhr 50 Min. hier eingetroffen. Die Reise des Kronprinzen und der Kronprinzessin ist bisher zumeist von schönem Wetter begünstigt gewesen. Nachdem der Dampfer „Prinz Ludwig“ hier eingetroffen war, meldeten sich der Kommandant S. W. S. „Hertha“ sowie der deutsche und der englische Konsul bei den hohen Herrschaften, die später S. W. S. „Hertha“ besuchten und die Stadt besichtigten. Heute nachmittag 1 Uhr erfolgt die Abreise von Port Said.

— Worte des Kaisers an die jungen Vaterlandsverteidiger. Bei der Rekrutenvereinigung in Potsdam am Dienstag hob der Kaiser in seiner Ansprache hervor, daß es für die jungen Soldaten eine besondere Auszeichnung sei, in der Garde unter seinen Augen der Dienstpflicht für das Vaterland zu genügen. Sie mögen sich ihrer Pflicht stets bewußt sein und stets Gottesfurcht und Selbstzucht üben.

— Eine Kaiserjacht als Volksgeschenk? Die „Danziger Zeitung“ schreibt: In hiesigen Marinekreisen ist, wie wir vernehmen, der Gedanke ausgegaut, das für den 15. Juni 1913 bevorstehende 25-jährige Regierungsjubiläum unseres Kaisers durch eine dem Monarchen darzubietende besondere Stiftung des gesamten Volkes zu dauernder Erinnerung zu bringen. Man hält hierzu eine neue, entsprechend auszustattende Kaiserjacht — welche nicht wie die allmählich alt werdende „Hohenzollern“ der Reichsmarineverwaltung gehören, sondern zur persönlichen Verfügung des Kaisers stehen soll — für besonders geeignet, gleichwie solche komfortablen Jachten der König von England und der Kaiser von Rußland besitzen. Die Kosten des Baues und der Ausstattung würden durch eine freiwillige Nationalsubskription, an der sich jeder, wenn auch mit kleinem Betrage, beteiligen könne, ohne Schwierigkeit aufzubringen sein. Der Gedanke ist, wie gesagt, hier erst neuerdings aufgetaucht und bisher nur in engerem Kreise erörtert worden, hat also noch keineswegs feste Gestalt angenommen.

— Die Stellung der Parteien zur Reichsfinanzreform in offiziöser Beleuchtung. Die „Berl. polit. Nachr.“ schreiben, offenbar offiziös inspiriert: Nachdem von den Mehrheitsparteien die Regierung immer wieder dringend aufgefordert worden ist, ausflärend in bezug auf die Reichsfinanzreform zu wirken und den unbegründeten Vorwürfen gegen diese Mehrheit entgegenzutreten, erhebt sich nun auch von liberaler Seite die Forderung, daß die Regierung auch den Gründen, die die Liberalen zur Ab-

lehnung der Reichsfinanzreform bewogen haben, gerecht werden und ihnen gewisse Anerkennung zuteil werden lassen möchte. Komte schon, wie wir wiederholt dargelegt haben, den Wünschen der Mehrheitsparteien nur bedingungsweise und mit beträchtlichen Einschränkungen entsprochen werden, so schießt diese liberale Forderung offensichtlich weit über das Ziel hinaus. Die Einschränkung der Anerkennung für die Reichsfinanzreform bezieht sich, wenn auch keineswegs allein, so doch zu einem guten Teile auf die Ablehnung der Erbschaftsteuer. In der Kritik dieser Stellungnahme der Mehrheit des Reichstags liegt naturgemäß zugleich die Würdigung der Zustimmung der Liberalen zu dem betreffenden Teile des Regierungsprogramms. Insofern ist demnach schon in den jüngsten Erörterungen über die Reichsfinanzreform dem liberalen Standpunkte durchaus Gerechtigkeit widerfahren. Nachdem aber die Verbündeten der Regierung trotz erheblicher Einzelbedenken gegen die jetzige Gestalt der Reichsfinanzreform sich zur Zustimmung zu ihr aus dem Grunde entschlossen hatten, weil die Lebensinteressen des Reichs die unverzügliche Beseitigung der Finanznot erheischten und demgegenüber eine in manchen Punkten unvollkommene Reichsfinanzreform immer noch das kleinere Uebel gegenüber dem Scheitern des ganzen Planes war, so würde die Regierung sich mit sich selbst in direkten und unlöslichen Widerspruch setzen, wenn sie jetzt der Stellungnahme derjenigen Parteien, die die Reichsfinanzreform trotz der bringenden Notwendigkeit der Sanierung der Reichsfinanzen wegen einzelner Bedenken ablehnten, eine auch nur bedingte Anerkennung zollen wollte. Das alles ist ein durchaus unberechtigtes Verlangen, dem deshalb auch die Erfüllung wird verjagt bleiben müssen.

— Der neue Etat. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ begann am Dienstag mit den Veröffentlichungen über den neuen Etat. Der ordentliche Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2707 819 913 Mark ab. Die Mehreinnahmen aus den bestimmten Zöllen und Steuern sind auf 32 670 845 Mark angenommen. Darüber hinaus ist in den Etat der Zölle und Steuern neu eingefügt der Ertrag aus der Grundwertzuwachssteuer in Höhe von 13 Millionen Mark. Die ungedeckten Materialbeiträge sind wie im Vorjahre nach dem Satze von 80 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung auf 48 512 Mark bemessen. Unter die Ausgaben sind in einem eigenen Sonderetat die im Jahre 1911 durch die Heeresvermehrung entstehenden Kosten in Höhe von 7 903 717 Mark aufgenommen, welche Deckung aus dem Ertrage der Wertzuwachssteuer finden sollen. Eine erweiterte Fürsorge für die Veteranen ist für den Fall in Aussicht genommen, daß die dazu erforderlichen Kosten bereit gestellt werden. 5 Millionen Mark sind beim Reichsschatzamt hierfür etatiziert. Für sie wird ebenso wie für die Kosten der Heeresvermehrung die Deckung aus dem Ertrag der Grundwertzuwachssteuer erwartet. Zur Abbildung des Fehlbetrags des Rechnungsjahres 1909 sind 39 671 205 Mark vorgezogen, die aus den ordentlichen Mitteln dem Extraordinarium zugute kommen. Die Anleihe ist auf 97 755 930 M. berechnet gegen 171 849 162 Mark im Vorjahre. Es folgt dann eine Gesamtübersicht über die einzelnen Etats mit einigen Erläuterungen zu verschiedenen Anforderungen. Bei der Marine wird der Personalstand um 3264 Mann erhöht. Beim Postetat werden insgesamt zirka 3000 neue Stellen verlangt.

— Der Wahlfonds des Hansabundes dürfte bald alle anderen Wahlfonds weit hinter sich lassen, wenn er überall so viel Unterstützung findet, wie der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine ihm zugebacht hat. Dieser hat nämlich bei Anwesenheit von mehr als 800 Delegierten und Vorstandsmitgliedern einstimmig beschloffen, daß alle Mitglieder der im Zentralausschuß vertretenen Vereine zu den Wahlfonds beisteuern sollen. Eine Kommission von 15 Mitgliedern hat den außerordentlichen Wahlfondsbeitrag auf 20 Mark, mindestens aber 10 Mark festgesetzt. Da die genannten Vereine etwa 100 000 Mitglieder zählen, würde allein von dieser Seite der Hansabund 1 1/2 bis 2 Millionen Mark erhalten.